



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

24. Sitzung (Sondersitzung nach § 27 Abs. 2 GO)

10. Dezember 1997 (während der Plenarsitzung)

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.15 Uhr bis 10.35 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenograph: Walther Hezel

Verhandlungspunkt:

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1998

Einzelplan 07, Kapitel 07 060 Titelgruppe 61

Auf Antrag der Vertreter der CDU-Fraktion nach § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung berät der **Ausschuß für Migrationsangelegenheiten** über die erneute Kürzung des Ansatzes der Titelgruppe 61 - Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG - um 350 000 DM nach Abschluß der Haushaltsberatungen des Ausschusses.

Eine Beschlußfassung kann nicht erfolgen.

Aus der Diskussion

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1998

Einzelplan 07 Kapitel 07 060 Titelgruppe 61

(Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG)

Vorsitzende Christiane Bainski eröffnet die auf Antrag der CDU-Mitglieder des Ausschusses nach § 27 Abs. 2 GO zu dem obigen Tagesordnungspunkt einberufene, nach Beginn der Plenarsitzung stattfindende Sondersitzung des Migrationsausschusses und verweist auf die am Vortag verteilte Anlage zu Drucksache 12/2607 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen des Einzelplans 07 - sowie auf die Seite 216 des Haushaltsentwurfs des MAGS. - Der Landtagspräsident habe diese Sitzung nur ausnahmsweise genehmigt; der Einzelplan 07 werde in der heutigen Plenarsitzung gegen 11.30 Uhr beraten.

Namens der Antragsteller führt **Oliver Wittke (CDU)** aus, seine Fraktion habe die Sondersitzung beantragt, weil sie das bei der Reduzierung des Ansatzes der Titelgruppe 61 in Kapitel 07 060 angewandte Verfahren für "unmöglich" halte. Nachdem in der vergangenen Ausschußsitzung Nachträge erst nach der ordentlichen Beratung des Haushalts durch den Minister mitgeteilt worden seien, gehe es nicht an, daß zur zweiten Lesung Kürzungen ohne Ausschußberatung vorgenommen würden. Die Landesregierung solle gebeten werden, diese Kürzungen im Bereich der Aussiedler- und Vertriebenenförderung zu erläutern und den Grund dafür zu nennen, weshalb die Kürzungen erst zur letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgt seien.

Hierzu trägt **StS Dr. Pröbsting (MAGS)** vor, in den Verhandlungen über die Aufstellung des Haushalts 1998 sei der Ansatz bei Titelgruppe 61 bereits um rund 200 000 DM gekürzt worden. Dies sei zu bedauern, da der Ansatz schon sehr knapp bemessen gewesen sei. Wegen der Haushaltszwänge habe man Einsparungen in dieser Größenordnung jedoch für machbar gehalten. Eine weitere Einsparung von 350 000 DM erfolge nicht auf Vorschlag der Landesregierung, sondern als Ergebnis von Beratungen innerhalb der Koalitionsfraktionen. Dem Ministerium gegenüber könne deshalb nicht der Vorwurf erhoben werden, ein "nicht akzeptables Verfahren" gewählt zu haben. Darüber, an welcher Stelle die 350 000 DM eingespart werden sollten, könnten heute noch keine exakten Vorschläge unterbreitet werden. In bestimmten Bereichen der in dem Kapitel umschriebenen Aktivitäten werde es zu Kürzungen kommen.

Auch **Vera Dedanwala (SPD)** weist darauf hin, daß den Kürzungsvorschlag nicht die Landesregierung gemacht habe; vielmehr sei er in einer ziemlich späten Phase der übergeordneten Haushaltsberatungen eingebracht worden. Bei den Etatberatungen des Ausschusses sei dieser

Vorschlag noch nicht bekannt gewesen. Der Fachbereich Migration habe seinerzeit einen gut durchdachten Etat vorgelegt; er müsse aber durch die Hinnahme von Kürzungen zu einem ausgewogenen Haushalt selbst beitragen, wenn er auch nicht erfreut darüber sein könne. Noch größere Einbußen seien aufgrund der globalen Minderausgaben im Laufe des nächsten Jahres zu erwarten.

Von diesem Verfahren zeigt sich **Georg Gregull (CDU)** befremdet. Der Sozialminister habe am Ende der Haushaltsberatungen im Ausschuß die Veränderungen im Etat des Migrationsausschusses aufgezählt. Dabei habe er - Gregull - den Minister auch nach dem Umfang der globalen Minderausgaben gefragt. Der Abgeordnete kann sich nicht vorstellen, daß der Minister seinerzeit über den heutigen Diskussionsstand nicht informiert gewesen sei. Schon damals seien Kürzungsvorschläge der Koalitionsrunde bekannt geworden; von solchen Entwicklungen hätten führende Leute wissen müssen. Deswegen erschienen die Angaben von Vertretern der Koalitionsfraktionen hier nicht recht glaubhaft.

Dem wird von **Vera Dedanwala (SPD)** entschieden widersprochen. Selbstverständlich versuche jeder Fachbereich, ihn belastende Kürzungsvorschläge abzuwenden. Den Vertretern der SPD gefielen die Kürzungen nicht; sie stünden aber dazu, weil es angesichts der schwierigen Haushaltssituation offenbar keinen anderen Weg gebe. - Dem pflichtet **Vorsitzende Christiane Bainski** grundsätzlich bei. Sie sei in die engeren Koalitionsberatungen nicht einbezogen gewesen; dabei würden andere Gesichtspunkte berücksichtigt als im Ausschuß. Das Resultat habe sie überrascht; sie trage es jedoch mit.

Hier stellt sich nach Auffassung von **Oliver Wittke (CDU)** die Frage nach dem Selbstverständnis des Migrationsausschusses und seiner Mitglieder. Es sei zu überlegen, ob irgendein Koalitions-gremium dem zuständigen Parlamentsausschuß wirklich "übergeordnet" sein könne. Dies widerspräche der Bedeutung des Parlaments und verstieße gegen die Landesverfassung. - Die Koalitionsfraktionen benutzten die Spätaussiedlerförderung als "Steinbruch" zur Finanzierung anderer politischer Aufgaben, ohne dies im Ausschuß selbst zu beantragen. Die Diskussion hierüber werde draußen im Lande mit allen Konsequenzen zu führen sein.

Den Vorwurf der Verletzung parlamentarischer Prinzipien weist **Vorsitzende Christiane Bainski** zurück. Über das dem Ausschuß vorgetragene Antragspaket von SPD und GRÜNEN habe es Verhandlungen auf der Ebene des Koalitionsausschusses gegeben, deren Resultat ein gemeinsamer Antrag von SPD und GRÜNEN sei, der gestern den Haushalts- und Finanzausschuß passiert habe. Jeder Fraktion bleibe es unbenommen, weitere Änderungsanträge im Rahmen von zweiter und dritter Lesung einzubringen. Hieran gebe es formal nichts zu kritisieren.

In der folgenden Diskussion erinnert **Vera Dedanwala (SPD)** an Kürzungen auf Bundesebene im Bereich der Sprachförderung für Aussiedler, die auf starken Widerspruch stießen. Die jetzt vorgenommenen Kürzungen seien Gegenstand späterer Diskussionen in dem zuständigen Beirat. Zu einem verfassungsgemäßen Haushalt müsse jeder Fachbereich aus übergeordneten Gründen seinen Beitrag leisten, auch wenn die aus fachlicher Sicht zu bedauern sei.

Dazu stellt **Georg Gregull (CDU)** fest, daß es nicht nur um Einsparungen, sondern auch um die Verschiebung von Prioritäten gehe. Das Selbstverständnis des Migrationsausschusses werde durch das Verfahren in Frage gestellt. Der Staatssekretär habe vorgetragen, ihm sei noch nicht bekannt, welche Leistungen im Migrationsbereich eingeschränkt oder eingestellt werden müßten; dies tangiere diesen Ausschuß, der mit einer Situation konfrontiert sei, deren Auswirkungen er noch nicht habe zur Kenntnis nehmen können. An dieser für den Ausschuß nachteiligen Situation komme man einfach nicht vorbei. - Vertreter von **SPD und GRÜNEN** vermögen diese Auffassung nicht zu teilen. - Keine weiteren Anmerkungen.

gez. Christiane Bainski

Vorsitzende

22.12.1997/06.01.1998

200